Nachrichten

STUDIE

Deutschland verliert bei digitalen Fachkräften an Boden

BERLIN – Deutschland hinkt bei der Digitalisierung hinterher – und droht den Anschluss zu verlieren. Zu diesem Ergebnis kommt die internationale Hochschulstudie des Trendence Instituts mit dem französischen Beratungsunternehmen Emerging. Für die Studie wurden 3400 Digitalmanager in neun Ländern befragt, welche Universitäten digitale Talente am besten fördern. Die beste deutsche Universität, die Frankfurter University of Applied Science, kam nur auf Platz 54. In einer Auswertung der führenden digitalen Berufsstandorte landete Frankfurt am Main auf Platz 20, Berlin nur auf Platz 30. **tki**

ELEKTROMOBILITÄT

West-Ost-Gefälle bei Neuzulassungen

BERLIN – E-Autos sind in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt. Auf ostdeutschen Straßen begegnet man ihnen eher selten, am stärksten verbreitet sind sie in Süddeutschland. Das geht aus Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamts hervor. Je 1000 Einwohner gibt es in Baden-Württemberg 9,6 Autos mit Batterieantrieb oder Plug-in-Hybrid, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind es 3,1. Alle ostdeutschen Bundesländer liegen unter dem Bundesschnitt von 7,1, ergab eine dpa-Berechnung. Auto-Experte Stefan Bratzel sieht als Gründe große Auto-Standorte, das Ladesäulennetz und die Kaufkraft vor Ort. **dpa**

CHIP-MANGEL

Engpass trifft auch Hersteller von Unterhaltungselektronik

BERLIN – Die Lieferengpässe bei Elektronikbauteilen könnten in der nächsten Zeit neben der Autoindustrie auch die Hersteller von Unterhaltungselektronik oder Telekommunikationsgeräten treffen. Verbraucher müssten mit längeren Lieferzeiten und steigenden Preisen rechnen, berichtete die „Welt am Sonntag“. Die Zeitung hatte 20 Anbieter etwa von Routern, Telefonen, Unterhaltungselektronik und Hausgeräten wie Kühlschränken und Waschmaschinen befragt. Auf neu bestellte Ware müssten Unternehmen bis zu ein Jahr warten, bei einigen Teilen teilweise auch noch länger, hieß es. **dpa**

ITALIEN

Winzer in Aufruhr: Darf Wein mit Wasser gestreckt werden?

ROM – Italiens Weinbranche macht Front gegen mögliche EU-Pläne, das Verdünnen von Wein mit Wasser zum Senken des Alkoholgehalts zu fördern. Dabei geht es nach Medienberichten darum, die Produktion von Wein ohne Alkohol oder mit weniger Prozenten als Methode in Europa zu definieren. Hintergrund sei auch der Gesundheitsschutz, hieß es. Agrarminister Stefano Patuanelli kündigte laut Nachrichtenagentur Ansa den Widerstand Roms an. Der Landwirtschaftsverband Coldiretti warnte vor „Verbrauchertäuschung“. Von einem „Aufstand in Italien“ sprach die Zeitung „Corriere della Sera“. **dpa**

Wo es noch günstiges Baugeld gibt

Die Zinsen für Immobiliendarlehen sind seit Jahresbeginn deutlich gestiegen. Experten geben Tipps

STEFFEN PREIßLER

BERLIN – Die Entwicklung vollzieht sich schleichend, fast unbemerkt von den meisten Bundesbürgern. Dennoch hat eine Zäsur bei den Zinsen für Baufinanzierungen eingesetzt. Die Phase stets sinkender Konditionen ist vorbei. Das dürfte sich mit einiger Verzögerung auch auf den Immobilienmarkt auswirken, „denn steigende Kaufpreise werden nicht mehr durch immer weiter fallende Bauzinsen kompensiert“, sagt Birgitta Göttelmann von der LBS Bausparkasse.

Angesichts der niedrigen Zinsen von weniger als zwei Prozent bleibt die Entwicklung an der Zinsfront für viele noch unter dem Radar. Doch nicht nur Bauherren und Immobilienkäufer sind betroffen. Auch wer in den nächsten Jahren eine Anschlussfinanzierung für sein Baudarlehen benötigt, weil seine Zinsbindung ausläuft, sollte die Entwicklung verfolgen oder sich jetzt schon absichern. 50 Prozent der vom Baugeldvermittler Interhyp befragten Experten erwarten für die nächsten Wochen weiter steigende Zinsen, auf längerfristige Sicht sind es sogar 60 Prozent der Fachleute.

Entgegen allen Erwartungen waren die Zinsen für Baufinanzierungen im Jahr 2020 noch weiter gesunken, zum Teil auf Rekordtiefs von unter 0,40 Prozent für eine zehnjährige Zinsbindung. Jetzt sind die Konditionen im Schnitt doppelt so hoch. Allein seit Anfang des Jahres sind die Konditionen um rund 0,20 Basispunkte gestiegen. Bei Zinsbindungsfristen von 15 und 20 Jahren, die jetzt bevorzugt genutzt werden, ergibt sich ein ähnliches Bild. „In den letzten Monaten verzeichnen wir im Schnitt einen Zinsanstieg von 0,30 Prozentpunkten“, sagt Frank Lösche vom Baugeldvermittler Dr. Klein. Auf die Nachfrage nach Baufinanzierungen habe sich das aber noch nicht ausgewirkt.

Was Baufinanzierungen angeht, war 2020 ein Rekordjahr, doch nun steigen die Zinsen. FOTO: TORSTEN KRUEGER/PA

2020 neuer Rekord bei Baufinanzierungen

Bundesweit wurde im Corona-Krisenjahr 2020 ein Rekord an neu abgeschlossenen Baufinanzierungen verzeichnet. Das Neugeschäft der Banken und Sparkassen in Deutschland wuchs auf 273 Milliarden Euro nach 263 Milliarden 2019, zeigt eine Studie der Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC. Demnach betrug der Bestand der an private Haushalte ausgegebenen Baufinanzierungen 1,4 Billionen Euro.

Die Höhe der Bauzinsen orientiert sich an der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen und Pfandbriefen, in denen Hypothekarkredite gebündelt werden. Die Renditen dieser festverzinslichen Wertpapiere sind gestiegen. Zehnjährige Bundesanleihen weisen zwar immer noch eine Negativrendite aus, aber die hat sich deutlich verringert. „Auch die Inflationsrate, die aktuell bei 1,7 Prozent liegt, dürfte im weiteren Jahresverlauf anziehen“, sagt Max Herbst, Baufinanzierungsexperte der FMH-Finanzberatung. Experten erwarten deutlich höhere Inflationsraten, da sie auf ein Abklingen der Corona-Pandemie und eine Konjunkturerholung setzen.

Dafür wurden in den USA und Europa gigantische schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme aufgelegt. Ob die Zentralbanken mit massiven Aufkäufen von Staatsanleihen den Zinsanstieg dauerhaft bremsen können, bleibt abzuwarten. Herbst erwartet deshalb, dass die Zinsen für zehnjährige Baufinanzierungen die Marke von einem Prozent im Sommer überspringen. Das wird sich auch auf längere Zinsbindungsfristen auswirken. „Dass wir in den kommenden Jahren signifikante Zinssprünge nach oben erleben und wieder bei zwei oder gar drei Prozent landen, ist nicht völlig abwegig“, sagt der Experte.

Das dürfte vor allem jene aufschrecken, deren bestehende Baufinanzierung erst in einigen Jahren verlängert werden muss. Gerade die noch niedrigen Zinsen sorgen dafür, dass in der Zinsbindungsfrist relativ wenig getilgt wird. „Bei einer Tilgung von zwei Prozent sind nach zehn Jahren gerade erst 20 Prozent des Baukredits abbezahlt“, sagt Löscher.

Mit sogenannten Forward-Darlehen können sich Kreditnehmer das aktuelle Zinsniveau bis zu fünf Jahre im Voraus sichern – gegen einen kleinen Zinsaufschlag auf die aktuellen Konditionen. Für die ersten sechs Monate verlangen die meisten Banken keinen Aufschlag. Wer etwa in 24 Monaten eine Anschlussfinanzierung benötigt, zahlt einen Aufschlag von 0,26 Prozentpunkten auf den aktuellen Zins, so Herbst. Allerdings sei das Interesse an solchen Darlehen gering. „Die Zinsveränderungen sind im Bewusstsein der meisten Kreditnehmer noch nicht angekommen.“

Zurück zur Erstfinanzierung: Die Höhe der Zinsen richtet sich auch nach der Höhe des Eigenkapitals, wie eine Erhebung von Interhyp zeigt: Wer für eine Immobilie samt Nebenkosten 640.000 Euro zahlt und 300.000 Euro Eigenkapital mitbringt, kann sich eine 15-jährige Zinsbindung für unter einem Prozent sichern. Die ING verlangt 0,90 Prozent Effektivzinsen. Die Zinsen steigen deutlich, wenn nur 100.000 Euro Eigenkapital eingebracht werden. Dann verlangen die ING 1,12 Prozent, die Postbank 1,45 Prozent und die Commerzbank 1,98 Prozent, wie aus einem Vergleich der FMH-Finanzberatung hervorgeht. Es lohnt sich also, mehrere Angebote einzuholen.

Die Höhe der Zinsen ist aber nicht alles. Verbraucher sollten auch darauf achten, wie flexibel ein Baudarlehen ist. Dazu gehören Sondertilgungen, um nicht planbare Geldzuwendungen etwa aus Erbschaften in die Tilgung stecken zu können. Auch eine Veränderung der Tilgungsrate ist ratsam, falls man in finanzielle Probleme kommt. „Die monatliche Belastung sollte zudem 40 Prozent des Nettoeinkommens eines Haushalts nicht übersteigen“, sagt Alexander Krolzik von der Verbraucherzentrale.

Dabei müssen auch die Nebenkosten einbezogen werden. Bei der Zinsbindung raten die Experten zu mindestens 15 Jahren. Auch die Restschuld nach der Zinsbindung sollte beachtet werden: Wahrscheinlich muss sie zu höheren Zinsen finanziert werden. Der langfristige Durchschnittswert für eine 15-jährige Zinsbindung liegt bei 4,23 Prozent.

IW: Firmen mit Gewinnbeteiligung kündigen seltener

BERLIN – In knapp jeden viertem Unternehmen hierzulande gibt es Formen von Gewinnbeteiligungen. Es ist ein transparentes System für Unternehmen, um Fachkräfte zu halten, und gleichzeitig ist es weniger begründungs- und schwankungsintensiv als beispielsweise Sonderzahlungen. Doch selbst in der Corona-Krise, wo viele Firmen tiefrote Zahlen schreiben, scheinen Beschäftigte vom Modell der Gewinnbeteiligung zu profitieren. Zu diesem Schluss kommt das Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln (IW) in einer Studie, die unserer Redaktion vorliegt.

Bei Firmen, die negativ von Corona betroffen sind, sonst aber Gewinnbeteiligungen gezahlt haben, sei das Risiko für die Angestellten, gefeuert zu werden, deutlich geringer. In solchen Firmen sei „die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsplatzabbaus im Jahr 2020 um 16 Prozentpunkte reduziert“ gewesen, schreibt IW-Studienautor Oliver Stettes und beruft sich auf Daten des Personalpanels, die das IW regelmäßig erhebt.

Besonders häufig kämen Gewinnbeteiligungen bei unternehmensnahen Dienstleistern (28,9 Prozent) sowie in der Metall- und Elektroindustrie (28,1) vor. Deutlich häufiger als eine Gewinnbeteiligung kam laut IW in der Corona-Krise demnach aber eine Sonderzahlung vor. Rund jedes zweite Unternehmen habe laut IW eine solche Prämie 2020 gezahlt, in großen Unternehmen mit mindestens 250 Mitarbeitern waren es sogar zwei Drittel.

In einigen Fällen ging es aber auch in die andere Richtung: Ein gutes Viertel der Unternehmen setzte anstehende Lohnerhöhungen aus, bei vier Prozent kam es sogar zu Lohnkürzungen. **tki**

Mittelstandsverband kritisiert Union für Insolvenzregeln scharf

BERLIN – Seit dem 1. Mai ist die Insolvenzantragspflicht wieder vollständig in Kraft, Firmen müssen es also melden, wenn sie nicht mehr zahlungsfähig sind. Die SPD wollte die Regelung verlängern, CDU/CSU blockten ab. Das sorgt für scharfe Kritik aus dem Mittelstand. „Bleibt die Union bei ihrer Verweigerungshaltung, wird sie zum Totengräber von Tausenden mittelständischen Unternehmen“, sagte Markus Jerger, Bundesgeschäftsführer im Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), unserer Redaktion. Noch immer hätten nicht alle Hilfszahlungen die Unternehmen erreicht. „Insolvenz anmelden zu müssen, nur weil die Auszahlungen so schleppend und bürokratisch vorangehen, darf nicht zulasten der ohnehin schon geschwächten Unternehmerinnen und Unternehmer unseres Landes gehen“, sagte Jerger. **tki**

BVMW-Bundesgeschäftsführer Markus Jerger dringt auf eine verlängerte Aussetzung der Insolvenzpflicht. FOTO: C. KRUPPA/BVMW

Telefontarife

Mo.–Fr. Uhrzeit	Ferngespräche Vorwahl	Cent/Min.
0–7	01028	0,10
7–8	01011	0,49
8–9	01078	0,61
9–18	01078	1,17
18–19	01011	0,49
19–24	01078	0,61

Mo.–Fr.	Ortsgespräche	
0–7	01028	0,10
7–12	01038	1,49
12–18	01038	1,49
18–19	01038	1,49
19–24	01052	0,89

Mo.–So.	Festnetz zum Handy	
0–24	01078/01052	1,74/1,75

Mo.–So. Land	Gespräch ins ausl. Festnetz Vorwahl	Cent/Min.
Frankreich	01086	0,53
Griechenland	01078	0,57
GB	01086	0,51
Italien	01086	0,82
Niederlande	01086	0,61
USA	01086	0,85

Alle Anbieter mit kostenloser Tarifansage. Abrechnung im 60-Sekunden-Takt; Tarife gelten inklusive MwSt.; Konditionen der Anbieter können sich täglich ändern; Nutzung nur von einem Festnetzanschluss der Deutschen Telekom möglich.
Stand: 07.05.2021, 16.30 Uhr Quelle: **www.biallo.de**

Milliardengeschäft mit Arznei-Importen

Länder wie Deutschland und Dänemark setzen im großen Stil auf billige Medikamente aus dem Ausland – und sorgen damit für Engpässe

ALEXANDER KLAY

BERLIN – Dasselbe Medikament, nur zweieinhalb Mal so teuer: Die Preisunterschiede für Arzneimittel innerhalb der Europäischen Union sind groß, da die Hersteller ihre Verkaufspreise oft dem lokalen Einkommensniveau anpassen. Findige Großhändler haben daraus ein Geschäftsmodell gemacht: Sie kaufen Pillen billig etwa in Griechenland, Portugal sowie Ost- und Mitteleuropa ein und bringen sie zu höheren Preisen in Ländern wie Deutschland und Dänemark in den Handel. Die Folge sind Engpässe in ärmeren Ländern und vermehrt gefälschte Medikamente.

Die EU-Kommission sieht darin ein „ernsthaftes Problem“ und hat im vergangenen November eine „Arzneimittelstrategie für Europa“ vorgelegt. Vor diesem Hintergrund hat das Centrum für Europäische Politik (cep) Vorschläge erarbeitet, wie dieses Problem angegangen werden könnte. In dem Papier zu den sogenannten Parallelimporten, das unserer Redaktion vorab vorliegt, wird der Gesamtwert der importierten Arzneimittel mit Stand 2019 auf jährlich rund 5,7 Milliarden Euro beziffert. In Deutschland stammt etwa jedes zwölfte Medikament aus dem EU-Ausland (8,5 Prozent), in Schweden sind es zwölf Prozent, in Dänemark sogar 26,2 Prozent.

Arznei-Importe gefährden die Versorgung in ärmeren Staaten. FOTO: ISTOCK

Grund dafür ist laut Studie die Gesundheitspolitik der Staaten: Diese fördern den Import oder Reimport von Medikamenten, um die Kosten im Gesundheitswesen zu senken – offenbar auf Kosten der ärmeren europäischen Länder. „Parallelhandel führt zu Arzneimittelengpässen, intransparenter Preisgestaltung und Kalkulationsproblemen für Händler. Zudem erhöht es das Risiko gefälschter Medikamente und birgt damit gesundheitliche Gefahren“, betont cep-Gesundheitsexpertin Nathalja Nolen.

In der Studie weisen Nolen und ihr Kollege Stephan Balling auf einen Zielkonflikt der europäischen Politik hin: Einerseits wolle die EU den freien Verkehr von Arzneimitteln im Binnenmarkt fördern, andererseits allen EU-Bürgern den gleichen Zugang zu den Medikamenten ermöglichen.

Die cep-Experten bringen in der Studie drei Optionen ins Spiel, um die durch den Parallelhandel mit Medikamenten verursachten Probleme anzugehen: Eine Möglichkeit wäre der Ausschluss von Medikamenten aus den Regeln des EU-Binnenmarktes. Dies würde jedoch dem Kernanliegen des Staatenbundes widersprechen – dem freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten. Die Slowakei, Polen und Rumänien hatten solch einen Weg bereits eingeschlagen, was dem Forscherteam zufolge ein Hinweis auf Engpässe sei. Die EU reagierte mit Vertragsverletzungsverfahren gegen die Staaten, stellte diese aber ein.

Weitere Vorschläge sind eine Umverteilung zwischen den nationalen Gesundheitssystemen durch einen Subventionsfonds sowie einheitliche Preise für alle Medikamente in Europa. Die cep-Experten weisen jedoch darauf hin, dass auch Einheitspreise eine Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren Staaten erfordern, um die Versorgung zu sichern.

Das Fazit des cep-Experten Balling: „Keine dieser Optionen löst die Probleme, ohne andere Probleme zu verursachen.“ Er und Nolen plädieren für eine politische Debatte darüber, welche Kompromisse eingegangen werden sollten.